



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Unsinn! Ich weiß ebensogut wie du, was du dir dabei gedacht hast. Du und deine ungezognen Kameraden, die sich über deine Unverschämtheit freuten! Geh hin und setz dich — wie eine Maus!

Der Oberlehrer hatte jedoch unverkennbar seine gute Laune wiedergewonnen. Er fing an, im Zimmer auf und nieder zu gehn, und nach und nach — mit vorsichtig prüfenden Versuchen — nahm die Situation wieder ihr früheres, gemüthliches Gepräge an, einige von den Knaben setzten sich auf die Pulte, in ihre Lieblingsstellung mit baumelnden Beinen, ein anderer saß in einer Fensternische.

Nein, seht ihr, das ist eine traurige Geschichte — eine Geschichte von Betrug und Lügenhaftigkeit von Anfang bis zu Ende über ganz Europa, von den Freiheitskämpfen gegen den großen Napoleon und bis 1848 und weiter und weiter. Und nun sollt ihr euch einprägen, was ich euch hierüber sage, für euer Leben sollt ihr euch das merken. Denn wir leben noch heutigentags — und ihr werdet Männer werden und euer eignes Leben leben — in demselben, in genau demselben Betrug. Wenn euch nicht das Glück beschieden sein sollte, teilzunehmen an der großen Wiedererhebung, an dem heiligen Siege der Gerechtigkeit — Herein!

Es war der Rebell. Jemand wüßte den Herrn Oberlehrer zu sprechen!

Er ging hinaus und kam gleich darauf sehr bestürzt wieder herein.

Ich muß laufen, meine Jungen. Es wird aus meinem Hause geschickt. Meine Frau — danke, mein Junge — wo ist denn nur mein Hut? Nein, danke, ja sitz still — ich muß eilen — meine arme Frau ist — ach, sie ist krank. — Adieu, meine lieben jungen Freunde!

Draußen vor dem Schulgebäude stand eine Kutsche und wartete auf den Oberlehrer. Die Jungen standen am Fenster und sahen ihn in großer Eile davonfahren.

Es war das Oig des Kreisarztes, das ihn abgeholt hatte.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 25. Oktober 1908

(Landtagsöffnung. Wahlrechts- und Besoldungsfragen in Preußen. Steuererhöhungen. Zur Orientkrisis.)

Die letzte Woche hat uns die feierliche Eröffnung des preußischen Landtags gebracht; der König in Person verlas die Thronrede. Und diese brachte gleich in den ersten Sätzen etwas Unerwartetes, die Ankündigung einer Reform des Wahlrechts. „Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage (d. h. der Grundlage der Verfassung) erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortungsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“ Freilich über den Weg, der dabei eingeschlagen werden soll, verrät die Thronrede noch nichts, ebensowenig über den Zeitpunkt der Reform. Es heißt nur, daß „umfassende Vorarbeiten“ dazu notwendig sind, und daß diese „mit allem Nachdruck“ betrieben werden.

Es war vorauszu sehen, daß der liberalen Presse diese Ankündigung nicht genug scheinen werde. Die Freunde der Reform sollten sich freilich sagen, daß es

doch immerhin sehr viel bedeutet, wenn eine so feierliche Zusage des Königs selbst vorliegt, daß eine Reform vorgenommen werden soll, auch wenn Zeitpunkt und Umfang des Werks noch im Dunkel liegen. Aber vielleicht ist gerade das den radikalen Politikern besonders unangenehm, weil die bestimmte Zusicherung, daß etwas auf diesem Gebiete geschehen soll, die Agitation lähmt. Und an der Fortsetzung dieser Agitation liegt den Linksliberalen sehr viel, weil sie nicht ohne Grund vermuten, daß die Reform ihre Hauptforderung, die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, nicht erfüllen wird. Auf der rechten Seite hat man die Botschaft ohne Freude vernommen, da man nach dem ganzen Zusammenhang der Dinge sicher ist, daß die Reform des Wahlrechts ein Zugeständnis an den Liberalismus bedeutet, wie sich das neue Wahlsystem auch im einzelnen gestalten mag. Das muß natürlich bei den Konservativen, die mit dem bestehenden Wahlrecht ganz zufrieden sind, und die überdies auch den Unterschied zwischen den Aufgaben der einzelstaatlichen und denen der Reichsgesetzgebung hervorzuheben pflegen, großes Mißvergnügen erregen. Sie suchen — zunächst allerdings nur in vorsichtigen Andeutungen — der Sache eine gute Seite abzugewinnen, indem sie aus dem Ansturm gegen das preußische Landtagswahlrecht nun auch das Recht ableiten, mit dem Gedanken einer Reform des Reichstagswahlrechts etwas offener hervortreten. Aber das sind alles nur Gegenwirkungen, die durch den ersten Eindruck der preußischen Thronrede hervorgerufen worden sind. Vorläufig sind alle Erörterungen noch ziemlich gegenstandslos, solange man nicht weiß, welche Vorschläge zur Verbesserung des preußischen Wahlrechts gemacht werden sollen. Nur das eine ist zu erkennen, daß die Ankündigung in der Thronrede trotz allen mißvergnügten Kritiken taktisch zweckmäßig und ein guter Schachzug war. Das ist deutlich zu erkennen, wenn man sich die Bemühungen vergegenwärtigt, die Frage des preußischen Wahlrechts mit den Aufgaben der innern Reichspolitik zu verquickeln. Die freiwillige Erklärung der preußischen Staatsregierung in so entschieden verpflichtender Form nimmt jedenfalls den zum Ruhhandel geneigten Blockparteien im Reichstage die bequeme Gelegenheit. Deshalb wird wahrscheinlich diese Frage überhaupt etwas in den Hintergrund treten.

Dafür richtet sich die ganze Aufmerksamkeit auf die Besoldungsvorlagen für Beamte, Lehrer und Geistliche und die damit in engem Zusammenhange stehenden Steuervorlagen, die ja durch die Deckungsfrage für den Mehrbedarf von 200 Millionen Mark bedingt sind. Die Neuregelung der Besoldungen hatte, als bekannt wurde, was geplant war, eine Menge von Erwartungen geweckt. Wo Erwartungen sind, gibt es auch Enttäuschungen. Wie immer in solchen Fällen, hat es die Regierung nicht allen recht machen können. Unter den heutigen Zeitverhältnissen die Ansprüche des Beamtenheeres in vollen Einklang zu bringen mit den Erwerbsbedingungen der sogenannten freien Berufe erscheint von vornherein ausgeschlossen, wenn nicht die Steuerschraube bis zu wirklich unerträglichem Druck angezogen werden soll. Die Regierung mußte also in zweierlei Beziehungen bestimmte Grenzen innehalten. Sie mußte erstens die obere Stufen der höhern Beamten von der Gehaltsverbesserung ausschließen und zweitens in den Erhöhungen der bisherigen Besoldungen die größte Vorsicht walten lassen. Die Unterscheidung zwischen wirklich notwendigen Erhöhungen und solchen, die sich nur aus scheinbaren Rücksichten der Folgerichtigkeit und Gerechtigkeit ergaben, war in unzähligen Fällen sehr schwierig. Dazu kam die weitere Schwierigkeit, daß die Besoldungsreform zugleich der Vereinfachung und dem Ausgleich unnötig verwickelter Verhältnisse dienen sollte. Damit ist schon ausgedrückt, daß die Aufgabe nicht dadurch gelöst werden konnte, daß die Gehälter gewisser Beamtenkategorien gleichmäßig um einen bestimmten Prozentsatz

erhöht wurden. Dann hätten ja die alten Verschiedenheiten in dem gleichen Verhältnis, nur bei höhern Gehaltsziffern, fortbestanden. Es durften also nicht alle Kategorien gleich bedacht werden. So konnte man aber nicht allen widerstreitenden Ansprüchen gleichzeitig dienen. Wenn zum Beispiel Oberlehrer und Richter in den Gehaltsverhältnissen gleichgestellt werden sollten, so mußten die Richter diesmal im Vergleich zu den Oberlehrern schlecht wegkommen, und das hat sie natürlich bitter verstimmt, da sie auf eine wesentliche Verbesserung ihre Hoffnung gesetzt hatten und den Vorsprung vor den Lehrern höherer Lehranstalten in Rang und Gehalt behalten wollten.

Wenn es schon schwierig ist, in der Regelung der Gehälter so viele Wünsche zu befriedigen, ohne Enttäuschungen zu bereiten, so steigert sich die Schwierigkeit infolge der Notwendigkeit, das Geld für diese Mehrausgaben durch Steuererhöhungen zu beschaffen. Während die Beamten selbst vielfach der Meinung sind, daß die geplanten Zulagen bei weitem nicht ausreichen, um ihnen für einen ihrer sozialen Stellung entsprechenden Lebensunterhalt und eine angemessene Erziehung ihrer Kinder sichere Gewähr zu geben, sehen andre außerhalb der Beamenschaft stehende Kreise schon unzufrieden auf die Gesamtsumme des Mehraufwands; bei ihnen konzentriert sich das Ergebnis der ganzen Betrachtung in dem Gedanken, dem nach dem beliebten Schema der Opposition die Prägung gegeben wird: 200 Millionen Mark neue Steuern!

Die Frage, wie weit die Mittel der Gesamtheit der Steuerzahler für das persönliche Einkommen der Beamten herangezogen werden können, wird glatt und widerspruchlos wohl niemals entschieden werden können. Dazu gehn die Anschauungen viel zu weit auseinander und wurzeln zu tief in den grundlegenden Verschiedenheiten der Auffassungen von dem Verhältnis des einzelnen Menschen zum Staat. In Preußen hatte die vorbildliche, erzieherisch wirkende, straffe Wirtschaftlichkeit, die seit Friedrich Wilhelm dem Ersten unter dem absoluten Regiment die Grundlage des ganzen Staatshaushaltssystems gebildet hatte, dafür gesorgt, daß die Staatskasse ohne übermäßigen Steuerdruck — namentlich im Vergleich zu andern Staaten! — verhältnismäßig wohlgefüllt war. Da der Staat als solcher zwar nicht absolut genommen, wohl aber relativ, gegenüber dem Gesamtvermögen der Bevölkerung, reich war, so gab er auch seinen Organen neben der in den politischen Auffassungen der Zeit begründeten Autorität auch eine starke wirtschaftliche Stütze, obwohl die gezahlten regelmäßigen Gehälter keineswegs verschwenderisch, vielmehr nach unsern heutigen Begriffen mehr als bescheiden waren. Und da Preußen einstmals der Beamtenstaat kat' exochen war, so ist ein gewisser Abglanz dieser Verhältnisse auch in unsrer Zeit noch nicht ganz verblichen. Aber wie haben sich die Zeiten geändert! Unererschüttert geblieben ist nur das moralische Ansehen der Beamenschaft, das Vertrauen in die traditionell gepflegten tüchtigen Eigenschaften, deren Herrschaft durch die strenge und harte Zucht der Vergangenheit ungewöhnlich fest und nachhaltig begründet worden ist. Aber die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten hat sich gründlich verschoben. Im Verfassungsstaat steht das zur Teilnahme an der Gesetzgebung berufne Volk den Organen der Staatsgewalt anders gegenüber. Je mehr sich das politische Leben auf der Grundlage der Verfassung entwickelt, desto weniger ist der moderne Staatsbürger geneigt, in dem unmittelbaren Staatsdienst einen persönlichen und gesellschaftlichen Vorzug zu sehen. Es ist menschlich begreiflich, daß das in der Beamenschaft, deren berechtigtes Selbstbewußtsein und deren Traditionen sich gegen solche Auffassungen sträuben, bitter empfunden wird und den Wunsch erzeugt, eine Entschädigung auf dem Gebiete zu finden, das immer mehr den Maßstab für jede Bedeutung im

modernen Leben abgibt, nämlich in ihrer wirtschaftlichen Stellung. Aber gerade hier hat sich eine noch stärkere Verschiebung vollzogen. Wir sind nicht mehr ein armes Volk, das in der Staatsverwaltung ein Vorbild hausväterlicher Fürsorge und Wirtschaftsführung sucht und zu seinem wirtschaftlichen Vorteil angeleitet und erzogen werden muß, sondern ein wohlhabendes Volk, das sich anschießt, in freier Erwerbstätigkeit und durch private Initiative auf allen Gebieten den Weg zum Reichtum zu beschreiten, das auf dem Wege eigener Erfahrung und vermöge der ihm rechtmäßig zustehenden politischen Rechte die Staatsverwaltung kontrolliert, ob sie auch wirklich nur das wahrnimmt, was als gemeinsame Angelegenheit aller Staatsbürger anerkannt ist, und nüchtern und kühl prüft, ob die Bezüge der Beamten, unter Anrechnung aller durch den Staatsdienst gebotenen Vorteile, dem entsprechen, was sonst im Erwerbsleben als angemessener Lohn für geforderte Leistungen und zu wählende soziale Stellung gilt. Alle die Fragen, die dabei gestellt werden können, werden natürlich je nach Parteilichschauung und persönlicher Erfahrung unendlich verschieden beantwortet, so verschieden, daß eine völlige Einigung darüber wohl nie erzielt werden wird, am wenigsten heute, wo wir uns in einer Art von Übergangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Um so anerkennenswerter aber ist es, daß die preußische Staatsregierung trotz der von allen Seiten drohenden Kritik entschlossen diesen Schritt getan hat, der jedenfalls im Sinne der Verbesserung und Vereinfachung der Besoldungsverhältnisse ein Schritt vorwärts ist, wenn auch nicht alle Ansprüche erfüllt werden.

Die Steuererhöhung, die dazu notwendig ist, muß natürlich in den Kauf genommen werden. Vorgeschlagen ist zunächst eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Ergänzungssteuer, wobei die untern Stufen nicht stärker herangezogen werden sollen. Es ist ein durchaus gesunder Gedanke, daß von dieser Mehrbelastung nur die stärkern Schultern getroffen werden. Die Kritik bleibt natürlich auch hier nicht aus. Warum, so fragt man, soll die Erhöhung der Einkommensteuer gerade mit der Stufe von 7000 Mark beginnen? Einige meinen, man solle doch erst mit 10000 Mark anfangen; andre sagen, es sei nicht einzusehen, warum nicht schon alle Einkommen über 3000 Mark mit herangezogen werden könnten. Alle diese Ansichten und Ratschläge können subjektiv berechtigt sein; Wert haben sie wenig. Der Landtag möge prüfen und sich über die Sätze einigen. Von vornherein werden die Ansichten darüber, was notwendiges Einkommen und was entbehrlich ist, immer auseinandergehen. Hätte die Regierung 10000 Mark als Grenze der Erhöhung vorgeschlagen, so würde die Kritik genau ebenso lauten, nur daß man andre Ziffern in die Betrachtungen einsetzte.

Die meiste Anfechtung wird wohl die vorgeschlagene neue Gesellschaftsteuer erfahren. Die bisher in die Einkommensteuer neben den physischen Personen einbezognen Erwerbsgesellschaften sollen jetzt davon befreit werden; dafür soll eine besondere Gesellschaftsteuer für sie eingeführt werden, von der man sich einen höhern Ertrag verspricht. Man stützt sich dabei auf die hohen Prozentzahlen, die in den Dividenden der Aktiengesellschaften und den Erträgen der unter die gleiche Steuer fallenden Erwerbsgesellschaften zutage kommen. Diese bedeuten freilich für die Erwerber der Aktien und entsprechender Gesellschaftsanteile nicht das, was sie anzeigen; denn sie haben in der Regel für diese Anteile so viel bezahlt, daß in jedem Falle nur eine normale Verzinsung herauskommt. Deshalb hat die vorgeschlagene Gesellschaftsteuer den Charakter einer Doppelbesteuerung, deren innere Berechtigung sehr zweifelhaft erscheint. Die Befürchtung, daß diese Steuer allerlei Umgehungen, Verschleierungen und Gegenmaßregeln hervorrufen wird, die auf das Erwerbsleben nicht günstig wirken, ist nicht ganz unbegründet, obwohl man sich

auch hier vor der Übertreibung hüten muß, als ob diese Steuer eine überhaupt nicht zu tragende Belastung darstelle. Voraussichtlich wird die Gesellschaftsteuer von liberaler Seite scharf bekämpft werden, während der allerdings nicht oder nur zum Teil der Wirklichkeit entsprechende Anschein, als ob damit das arbeitende mobile Kapital schärfer herangezogen würde, die Konservativen vielleicht günstig stimmen wird.

In der auswärtigen Politik ist diesmal von positiven Ergebnissen der weiteren Entwicklung der Balkankrise wenig zu sagen. Stark ernüchtert durch die Veröffentlichung über das zwischen Grey und Iswolskij verabredete Konferenzprogramm hatte die Türkei den Vorteil einer direkten Verständigung mit Österreich-Ungarn und Bulgarien erlangt, und so hatten dann Verhandlungen begonnen, von denen man erwarten durfte, daß sie bald zum Ziele führen würden. Diese Lösung war jedoch England im höchsten Grade unerwünscht, weil sie gleichbedeutend war mit dem völligen Scheitern des nun schon dritten Versuches, auf die Angelegenheiten des nahen Orients einen größern Einfluß zu gewinnen. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß England sehr eifrig daran gearbeitet hat, die Verständigung der Türkei besonders mit Österreich-Ungarn zu hindern. Mit wachsender Bestimmtheit treten Meldungen auf, daß diese Bemühungen zum Ziele geführt haben, und daran, daß die Verhandlungen der Türkei mit Österreich-Ungarn wenigstens jetzt abgebrochen worden sind, ist wohl kaum noch zu zweifeln. Es heißt, daß England dem gegenwärtigen jungtürkischen Regiment besondere Garantien geboten hat, sein durch die alttürkische Reaktion stark gefährdetes Ansehen durch finanzielle Unterstützung und vielleicht sogar durch eine Flottendemonstration zu erhalten. Dafür hätten sich die Jungtürken bereit erklären müssen, nach der Pfeife der englischen Politik zu tanzen. Was daran im einzelnen richtig ist, kann dahingestellt bleiben; zweifellos hat sich die türkische Politik gegenwärtig wieder einmal auf die englische Seite geworfen, muß also wohl durch besondere, aus der allgemeinen Lage nicht ohne weiteres zu erkennende Vorteile dazu bestimmt worden sein. Für Deutschland ist das nur ein Grund mehr, sich zu der Entwicklung der Dinge im Orient möglichst abwartend zu verhalten und nur darauf bedacht zu sein, europäischen Verwicklungen nach Kräften vorzubeugen. Was innerhalb dieser allgemeinen Richtschnur unserer Politik geschehn kann, um Österreich-Ungarn treu zu unterstützen, das muß geschehn. Dagegen brauchen wir uns nicht, wie einzelne Stimmen fordern, in dem Sinne zu erhitzen, daß wir türkischer sein wollen als die Türken. Auch die Konferenzfrage kann von uns nur unter den angegebenen Gesichtspunkten behandelt werden. Herr von Iswolskij ist jetzt in Berlin erschienen; erst wenn die Ergebnisse dieser Besprechungen bekannt sind, wird man vielleicht in der Frage klarer sehen können. Bis jetzt überwiegt trotz allen Schwierigkeiten immer noch die Tendenz, die Streitfragen friedlich zu lösen; auch das Säbelrasseln der serbischen Kriegspartei hat nachgelassen. Freilich bleibt noch immer Bündstoff genug gehäuft, und wenn auch schwerlich jetzt, so doch in einiger Zeit, kann die Flamme immer noch daraus hervorschlagen.

Fürst Bülow in englischer Beleuchtung. In der angesehenen englischen Zeitschrift *The Nineteenth Century* veröffentlicht Sidney Garfield Morris einen Artikel über den Fürsten Bülow. Darin heißt es: Der jetzige deutsche Kanzler ist einer der sehr wenigen Staatsmänner des Festlandes, deren Reden häufig in der englischen Presse mit Überschriften und in doppelten Spalten erscheinen, ein Vorzug, der einem Fremden selten gewährt wird. Viele seiner Aussprüche sind internationale Stichworte geworden, wie die von Bismarck und Disraeli; und seine Ansichten werden angeführt und kritisiert, da sie für Europa Bedeutung haben

und nur mit denen der vier oder fünf Leiter und hervorragenden Persönlichkeiten zu vergleichen sind, mit denen das englische Publikum weit besser bekannt ist. Über alle seine Maßnahmen wird sorgsam berichtet, und jeder Erklärung über Politik wird innerhalb und außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Wenig Staatsmänner der Gegenwart sind so wild angegriffen oder so warm verteidigt worden, und von wenigen kann in der Tat gesagt werden, daß sie einen so beherrschenden Einfluß auf die Weltpolitik ausüben.

Aber wenn er einer der hervorragendsten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte ist, so ist er auch eine der am wenigsten verstandnen. Man kann lange und eingehende Beschreibungen über die Gewohnheiten und Abneigungen, das tägliche Leben, die persönlichen Züge kleinerer Berühmtheiten lesen; aber das Leben, mit einem Wort die wirkliche Persönlichkeit des höchsten Beamten des Deutschen Reiches hat man noch nicht geschildert. Vom Fürsten Bülow, dem deutschen Kanzler, hört die Welt viel, aber von Bernhard von Bülow, dem Menschen, weiß sie nichts. In der Tat, was sein Privatleben betrifft, beobachtet er eine Zurückhaltung, die sich von den willig geäußerten Selbstbeschreibungen andrer hervorragender Männer des politischen Lebens abhebt. Denn es ist einer seiner vielen Widersprüche, daß Fürst Bülow, während wenig Staatsmänner so zugänglich für die Presse oder so offen und höflich im Verkehr mit ihr sind, solange es sich lediglich um politische Fragen handelt, den Berichterstatter (deutschen oder fremden) zuvorkommend aber bestimmt ablehnt, sobald dieser versucht, die leiseste persönliche Note in die Unterredung zu bringen; auch der unerfrodenste amerikanische Berichterstatter hat bisher keinen Erfolg gehabt, die Schweigsamkeit und ruhige Würde zu durchbrechen, mit der sich Fürst Bülow selbst umgibt. Das ist zu bedauern, denn die große Mehrzahl der Leute ist der Meinung Abraham Lincolns, daß „der Mensch, den ich nicht verstehe, der Mensch ist, den ich nicht mag“, und überdies ist das Publikum geneigt zu wähnen, es habe eine Art begründetes Recht, soviel, wie es wünscht, von dem Innenleben dessen zu kennen, der an so hervorragender Stelle vor ihm steht. Auch ist es sehr schwierig, eines Mannes politisches Werk mit einiger Gerechtigkeit zu beurteilen, wenn man nichts von den tiefen Beweggründen, den leitenden Grundsätzen weiß, die die Quelle seiner Taten sind.

Fürst Bülow steht jetzt in seinem elften Dienstjahre — von 1897 bis 1900 als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und seitdem als Reichskanzler. Beim Rückblick über diesen Zeitraum werden viele denken, sie könnten ebenso große Widersprüche und ernste Mißgriffe entdecken wie glänzende Taten und zweifellosen Fortschritt. Aber die meisten seiner Kritiker übersehen dabei zwei Tatsachen. Erstens die großen Schwierigkeiten — besonders bei den auswärtigen Angelegenheiten —, die ihn hemmen, Schwierigkeiten, die er sich nicht selbst geschaffen hat, denn er hat sie entweder von dem frühern Kanzler übernommen, oder sie sind ihm neu entstanden. Zweitens, daß die deutsche Politik unter keinen Umständen mit britischem Maße gemessen werden darf, und daß deshalb — dank der hoffnungslosen Parteilpaltung, dem vorherrschenden Einfluß der Krone und vielen andern Faktoren — vieles, was im parlamentarischen Leben Englands unverständlich wäre, eine einfache Notwendigkeit des politischen Wesens in Deutschland ist.

Seine acht Jahre als Kanzler sind praktisch eine lange Reihe von Konflikten gewesen — mit den Sozialisten über innere Regierung, mit feindseligem Hofeinfluß über auswärtige Angelegenheiten, mit dem Zentrum über Kolonialfragen, und endlich mit Extremen aller Parteien, die irgendeiner ihrer Theorien zuliebe am Reiche rütteln oder, gegen die Wohlfahrt des Ganzen, partikularistischen Interessen

ihrer Sonderstaaten dienen. Aber trotz alledem kann er rückwärts auf einen großen Teil guter, vollbrachter Arbeit schauen, vollbracht zudem inmitten von Schwierigkeiten, die einen weniger entschlossenen, weniger beherzten Mann wohl hätten zurückschrecken können. Fast die ersten Reden, die er im Reichstage hielt, behandelten den Burenkrieg; und seitdem ist jeder Ausspruch, der möglicherweise in eine Beleidigung britischer Ohren verdreht werden könnte, ein Duzend mal angeführt oder besser falsch angeführt worden; ich möchte die Aufmerksamkeit auf eine kurze aber vornehme Bemerkung über die britischen Soldaten lenken, die im Verlauf einer Rede gerade zu der Zeit gemacht wurde, als sich die Volksstimmung nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen Festlande am stärksten gegen Großbritannien äußerte. Er sagte: „Wollen wir nie vergessen, daß das britische Heer in Südafrika der Welt gezeigt hat, daß seine Soldaten zu sterben wissen.“ Sein erstes wichtiges Werk, die Revision des Zolltarifs, wurde im Reichstage nicht ohne langen, bitteren Kampf ausgetragen, endete aber mit einem Siege; und die auf dieser neuen Grundlage erfolgreich abgeschlossenen sieben Handelsverträge machten alle Voraussetzungen der Feinde des Kanzlers zuschanden. Ich muß nun die vielbehandelte Frage, die Marokkokrise, leicht berühren, aber nur soweit sie unmittelbar den Fürsten Bülow betrifft, denn es ist hier weder der Ort noch die Zeit, Betrachtungen über ein Ereignis anzustellen, das zu neu und zu verwickelt ist, als daß irgendein geschichtlicher Urteilspruch darüber gefällt werden könnte.

Aber es sind Versuche gemacht worden, ihn in jedem Falle als den zuerst Verantwortlichen für die Trübung hinzustellen, die in den deutsch-französischen (und durch eine Art Rückwirkung deutsch-englischen) Beziehungen während dieses Zeitraumes verursacht ist. Das ist, glaube ich, eine arge Entstellung der wahren Tatsachen des Falles. Nicht das Vorhandensein von „Ententen“ Frankreichs, sondern die unverhüllte Feindseligkeit gegen Deutschland, mit der der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorging, erweckte jenen Verdacht und die Stimmung im deutschen Volke, die eine gewisse Krise unvermeidlich machte. Da die Wolken jetzt zerstreut sind — jedenfalls für einige Zeit —, kann, so meine ich, kein verständiger Mensch zweifeln, daß nicht das englisch-französische Abkommen oder das dadurch bezeugte gute Einvernehmen, sondern die fortwährenden Herausforderungen des Herrn Delcassé Europa mit Kriegsgefahr bedrohten. Denn daß es eine solche Gefahr gab, kann für jeden, der während des Sommers 1905 in Deutschland war, nicht einen Augenblick fraglich sein. Herr Delcassé hat gut reden, daß Deutschland, lediglich Marokkos wegen, nie in den Krieg gezogen wäre — Fürst Bülow sagte es ja selbst im Reichstage; aber er fügte hinzu, daß jede Großmacht, die des Namens würdig sei, bis zum letzten Atemzuge kämpfen würde, wenn sie ihr Ansehen, ihre Ehre und dadurch die Sicherheit ihres Bestehens bedroht glaube. Und da kommen wir zum Kern der ganzen Angelegenheit. Mit Recht oder Unrecht, die große Mehrheit der Deutschen glaubte ihr Vaterland derart bedroht. Sie mögen im Irrtum gewesen sein, aber sie waren wenigstens aufrichtig, und gerade in dieser Aufrichtigkeit lag die Gefahr.

Nun ist erwähnt worden, daß während der Krise zwei verschiedene Arten Politik in Berlin verfolgt worden seien — eine vom Kaiser, Frankreich günstige, die andre feindliche vom Fürsten Bülow. Für alle, die die deutsche Verfassung kennen, ist eine solche Vorstellung einfach töricht; denn da ein Kanzler keinen Tag länger im Dienste bleiben kann, als der Kaiser will, und da Kaiser und Kanzler in steter Fühlung miteinander sein müssen, wegen der persönlichen Oberaufsicht des erstern über die Staatsgeschäfte, so ist es ganz offenbar, daß eine ernste Meinungsverschiedenheit über politische Lebensfragen (was diese sicherlich gewesen wären) zu so-

fortigem Verzicht des Kanzlers führen müßte. Es ist durchaus wahr, daß des Fürsten Bülow Feinde versuchten, den Kaiser gegen ihn einzunehmen, aber Seine Majestät war viel zu loyal gegen seinen ersten Minister, als daß er solche Ratschläge beachtet hätte; und dieser Minister machte zweifellos seinen Einfluß auf seinen lebhaften Herrn im Sinne des Friedens geltend — natürlich „des Friedens mit Ehren“, und — so weit möglich — der Sicherheit für Deutschland. Als die Franzosen erklärten, zur Algierakonferenz gehn zu wollen, und infolgedessen Herr Delcassé zurücktrat, verschwand die akute Trübung, und Deutschland vergaß allmählich seinen Ärger und seine Unruhe. Aber einer Sache bin ich sehr sicher: wird je die ganze und wahre Geschichte des Marokkowitzensfalls enthüllt, dann wird Fürst Bülow eher als Friedensschöpfer denn als Friedensbrecher erscheinen. Die Anstrengungen jener Zeit griffen seine durch Überarbeitung schon geschwächte Gesundheit an. Es ist bezeichnend für ihn, daß er darauf bestand, bei einer Verhandlung des Reichstags über eine auswärtige Angelegenheit seine Politik persönlich zu vertreten. Der dadurch herbeigeführte Unfall zwang ihn zu einer Unterbrechung der ihn überbürdenden Arbeitslast.

Nach langer Abwesenheit, die keineswegs nur Ruhezeit für ihn war, kehrte er nach Berlin zurück und zeigte sich in seiner alten Kampfesart während der kurzen, stürmischen Sitzungszeit, die der dramatischen Auflösung der Volksvertretung voranging. In der Tat, die große Rede über die auswärtigen Beziehungen Deutschlands im Reichstage am 14. November 1906 war eine der glänzendsten, die je in dieser Versammlung gehört worden sind. Aber die mächtige katholische Zentrumspartei, die ihn solange in nationalen Fragen unterstützt hatte — und besonders bei den Gesetzen über die Sozialreform, eine der bemerkenswertesten Leistungen seiner Politik —, versagte plötzlich ihre Gefolgschaft, zweifellos weniger aus Mißvergnügen über die Kolonialvoranschläge der Regierung (die zur Schau getragene Ursache des Streites) als wegen ihres Angriffs auf den neuen Kolonialsekretär, Herrn Dernburg — eines Angriffs, der, wie man glaubte, seinen plötzlichen Rücktritt zur Folge haben werde. Fürst Bülow war jedoch nicht der Mann, einen seiner Ministerkollegen auf Bitten weniger Parteiführer fallen zu lassen, obgleich sie zu seinen einflußreichsten Stützen gehörten. Er ist „napoleonisch“ in seiner Disziplin genannt worden, aber unwandelbar gütig und rücksichtsvoll gegen seine Untergebenen und loyal zu seinen Ministerkollegen. Da er von ihnen dieselbe Hingebung zu ihrer Arbeit verlangt, die er selbst hat, suchte er lange nach einem geeigneten Leiter des Kolonialamts. In Herrn Dernburg hatte er endlich einen gefunden, und ihn zu opfern, wäre deshalb sowohl eine Beleidigung für das Reich als auch eine Unmöglichkeit für die ritterliche Art des Kanzlers gewesen. Ich meine, genug gesagt zu haben, um zu zeigen, daß, obgleich der Zusammenstoß mit dem Zentrum tief zu bedauern ist, er doch zu der Zeit eine politische Notwendigkeit ebenso wie ein persönlicher Ehrenpunkt war. Denn die Kolonialfrage war für Deutschland von solcher Tragweite geworden, daß die Duldung eines Eingreifens durch eine wenn auch bedeutende Gruppe des Reichstags eine Handlung verbrecherischer Schwäche des verantwortlichen Staatsmannes gewesen wäre. Die Auflösung und die Ergebnisse der folgenden Wahlen bedürfen, als zu bekannt, keiner Wiedergabe. Der liberal-konservative „Block“, der jetzt die Regierungsmehrheit bildet, scheint nur ein gebrechliches Bollwerk zum Besten Deutschlands zu sein, denn daß es Deutschland zum besten dient, wenn der jetzige Kanzler im Amte bleibt, glaube ich ganz fest. Neue Fragen, wie die Polenvorlage, die von Gefühlsmenschen, ohne Kenntnis der verwickelten Beziehungen zu den unbotmäßigen polnischen Staatsangehörigen, zu rasch bekräftelt wurde, und die dringendere Schwierigkeit des preußischen Wahlrechts

scheinen nur zu sehr geeignet, die nationalen Parteien zu zersplittern. Niemand wird leugnen, daß das jetzige Wahlverfahren Preußens erbärmlich unangemessen ist; es aber plötzlich zu dem „ein Mann eine Stimme“ abzuändern, würde alle jene Gefahren bringen, die jeder Heftigkeit anhaften, mit der die Verfassung eines Staates geändert wird. Da das Reich schon das allgemeine Wahlrecht besitzt, kann die Frage kaum so dringend sein, wie sie die Sozialisten erscheinen lassen wollen. Nötig ist eine Politik gesunder und gemäßigter Umgestaltung; aber die Völker lernen nur langsam von der Geschichte und aus der Natur selbst, daß aller große und dauernde Fortschritt allmählich entsteht.

Trotz dieser Schwierigkeiten sind jedoch die Verschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Blocks wenigstens zeitweise ausgeglichen, und die Sitzungszeit, die so stürmisch begann, endete verhältnismäßig ruhig.

Es ist ein großartiges Ziel, das sich je ein Staatsmann gesteckt hat: dieser kühne Versuch des Fürsten Bülow, das deutsche Volk die wahre Bedeutung verfassungsmäßiger Regierung zu lehren; aber ob das unter den jetzigen politischen Verhältnissen möglich ist, mag bezweifelt werden. Doch selbst wenn es nicht gelingt, es gibt Fehlschläge, die edler sind als Erfolg, und ein neuer Bestandteil — die vox populi — wird in die deutsche Politik eindringen und nie ganz verschwinden.

Die große Frage der Umgestaltung des Reichsfinanzwesens wird von den verschiedenen Gruppen des Blocks durchaus abweichend beurteilt, und die zusammenstoßenden Meinungen dieser unfesten Mehrheit, von deren Fortbestehen der Kanzler, politisch gesprochen, selbst abhängig ist, werden kaum ganz versöhnt werden. Gleichviel, er hat gekämpft und in der Vergangenheit so manchen verzweifelten Parlamentsstreit gewonnen, daß es sicher nicht zu viel erhofft ist, der alte unerschrockne Mut, die alte stramme Macht als Führer werden ihn befähigen, die gewaltigen Hindernisse wieder zu überwinden und eine wirklich starke, einige und zuverlässige Mehrheit aus dem Gewirr der jetzigen Blockparteien zu bilden.

Es muß daran erinnert werden, daß eine fest gefügte, zum Frieden neigende deutsche Regierung eine der besten Bürgschaften des europäischen Friedens ist. Ein aufgeregtes Volk ist oft ein streitsüchtiges Volk, und für die ganze Welt ist es besser, daß ein so bedeutender Bestandteil wie Deutschland ruhig, zufrieden und in gedeihlicher Entwicklung sei. Es ist kaum nötig, des Fürsten Bülow ernste und beständige Bemühungen hervorzuheben, die Beziehungen Deutschlands und Großbritanniens herzlicher und freundlicher zu gestalten. In seinen Reden, persönlich, und vor allem in der Betätigung seiner auswärtigen Politik hat er sein Bestes getan, Mißverständnisse zu beseitigen und Reibungen zu vermeiden. Die gütige Gastfreundschaft für die britischen Journalisten, die im letzten Jahre Berlin besuchten, die freundschaftsfördernden Erklärungen in der Politik und die warmherzige Billigung jedes Unternehmens zur bessern Bekanntschaft der beiden Völker unter sich werden frisch in aller Gedächtnis bleiben. Es ist wahrscheinlich, daß nichts die englisch-deutsche Freundschaft mehr geschädigt hat als die neue deutsche Flottenvorlage und das Mißtrauen, das sie in einem Lande erweckte, dessen Bestehen gerade von seiner Überlegenheit zur See abhängt. Daß Großbritannien diese Überlegenheit ungeschmälert aufrecht erhalten muß, wird von jeder Partei im Staate anerkannt. Aber man sollte sich erinnern, daß Deutschland nie behauptet hat, den Willen und die Fähigkeit zu dieser Herausforderung zu besitzen, und daß angesichts der Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges und der Fortschritte im Kriegsschiffbau jede Großmacht zur Umbildung ihrer Seeverteidigungsmittel gezwungen ist. Deutschland hat nicht als einzige Macht begonnen, Dreadnoughts zu bauen — Frankreich, Japan und die Vereinigten Staaten

haben dasselbe getan, und sie werden nicht verdächtigt, Absichten auf das Eigentum ihrer Nachbarn zu haben. Es ist nur billig, zuzugeben, daß Deutschland mindestens einen offenbaren Grund zur Verstärkung seiner Flotte hat — nämlich die rasche Entwicklung seines Handels und seine Verantwortlichkeit als Großmacht, seine Staatsangehörigen im Auslande zu schützen; zu solchen Unternehmungen muß es stark genug sein. Sicher liegt der Mangel mehr in der unbefriedigenden Stimmung zwischen den beiden Ländern als in irgendwelchen Maßregeln, die jedes von ihnen zu seiner Verteidigung für nötig hält.

Geht man von der amtlichen zu der mehr persönlichen Seite seines Wesens über, so fällt jedem, auch bei nur flüchtiger Kenntnis seines Privatlebens, wohl sofort der Gegensatz zwischen der unerschütterlichen Haltung in der Öffentlichkeit und der bezaubernden, gütigen, ritterlichen Art auf, die er denen entgegenbringt, die den wirklichen Menschen kennen, eine Natur, die den magischen Zauber von Aufrichtigkeit und Redlichkeit behält, trotz jener großen Weltkenntnis und glänzenden Schulung, die ihn zu einem der hervorragendsten Diplomaten in Europa gemacht hat. Bei den meisten Leuten verhüllt der äußere Schiffs den gewöhnlichen Stoff darunter, aber bei Bernhard von Bülow ist es gerade umgekehrt — der Überzug beschützt die darunter liegende Schönheit. Deshalb sind, obgleich er berechtigterweise als guter Redner bekannt ist, seine Reden in gewissem Sinne irreleitend, denn wenn sie gelegentlich seinen wahren Charakter enthüllen, sind sie häufiger bloß glänzende tours de force, epigrammatisch, glatt, beinahe nachlässig, aber sie gleichen nach allem eher Feuerwerken, hochgeworfen, um zu blenden und aufzuregen, als dem stetigen Lichte seines entschlossenen Vorhabens. Zugegeben, daß dies eine gefährliche Haltung für einen Mann ist, der auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen soll, denn es ist sicherer, um Popularität zu werben, als ihr zu trogen; und da die Welt im allgemeinen den Menschen nach seinem eignen Werte betrachtet, ist es am klügsten, daß man seine Tugenden kundgibt.

Aber es gibt gewisse Temperamente, die so stolz sind, daß sie vorziehen, falsch beurteilt zu werden, als sich zu enthüllen. Sie haben früher oder später den Preis ihres Stolzes zu zahlen, aber selbst dann leiden sie schweigend. Wenn je der Tag kommen sollte, an dem der vierte Kanzler wie sein großer Vorgänger aus dem Amte getrieben wird, haben seine Feinde nicht, wie die Bismarcks, das Vergnügen eines Sturms leidenschaftlichen Einspruchs, denn wo der Stolz des einen zur Selbstverteidigung greift, schließt des andern Stolz die Lippen oder bringt es nur bis zu einem sorglosen Scherz. Der beau sabreur der Debatte, Fürst Bülow, ist nie unbarmherzig gegen seine Widersacher, er verläßt sich mehr auf die Waffe gutgelaunter Ironie als auf die wüste Beleidigung, zu der der Reichstag so sehr hinneigt. Aber es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß die fröhliche Art, die seine Feinde so aufbringt, nichts tieferes und ernsteres in sich hätte; es ist nicht Getue, denn es entspringt der sonnigen Anlage und dem scharf geschliffnen Humor, den besten Helfern zur Bewahrung von Herz und Gleichmut im politischen Kampfe. Bedenkt man die drückende Last der Verantwortlichkeit, die Überbürdung und die vielen Sorgen, denen er beständig ausgesetzt ist, so ist diese unbezwingliche Gelegenheit des Geistes eine der wertvollsten Gaben, die er besitzt.

Fürst Bülows weise und geduldige Politik sucht zunächst das Volk zu einer bessern Auffassung dessen zu bringen, was wünschenswert und was erreichbar ist im nationalen Dasein, und ihm unterdessen allmählich mehr und mehr Macht zur Selbstregierung zu geben, indem er die Bedeutung des Reichstags zu einer in der deutschen Politik bisher nie gekannten Ausdehnung steigert und danach strebt, die dem Staatswohl dienlichen Kräfte dieser Körperschaft zu einer regierenden

Mehrheit zu vereinigen, die patriotisch, aber friedlich, den alten Überlieferungen treu zugetan sein, aber stetig zu neuen und weitem Idealen streben soll. Er hat in bemerkenswertem Grade jenen unerklärbaren Zauber, der mangels einer bessern Bezeichnung oft „persönlicher Magnetismus“ genannt wird, und wenige, die das erfahren haben, können eine vollkommen unparteiische Meinung über ihn bilden: aber darüber bin ich sicher — es gibt keine begabtere und edlere Persönlichkeit in der heutigen europäischen Politik als den vierten Kanzler des Deutschen Reichs.

Verluste der französischen Marine. Die französische Marine ist seit dem Jahre 1900 durch eine auffallend große Zahl schwerer Unglücksfälle heimgesucht worden. Wir wollen hier nur einige davon erwähnen. Im August 1900 ging das Panzerschiff „Brennus“ an der portugiesischen Küste zugrunde, wobei 43 Seelente weggerafft wurden. Im Januar 1904 scheiterte das Transportschiff „Bienne“, Verlust: 52 Mann. Im Juli 1905 versank das Unterseeboot „Farfadet“ an der tunesischen Küste mit 14 Matrosen; im Oktober 1906 das Unterseeboot „Lutin“ auf der Reede von Bizerta mit 16 Mann. Im Februar 1907 fanden auf einem Torpedoboot 9 Seelente durch eine Kesselexplosion ihren Tod. Im März 1907 wurde das Kriegsschiff „Jena“ durch eine Pulverexplosion zerstört, wobei 105 Mann zerrissen wurden. Im Februar 1908 wurden bei einer Explosion auf der „Jeanne d'Arc“ 4 Mann getötet, im August 1908 bei einer Explosion auf der „Couronne“ 9 Mann und am 22. September 1908 bei einer Schießübung auf dem Latouche-Tréville durch die Explosion in einem Geschützturm 13 Marineartilleristen. Rechnet man dazu die kleinen Verluste, so ergibt sich die große Zahl von 288 getöteten Offizieren und Mannschaften. Der Materialschaden betrug in diesen acht Jahren 85 Millionen Franken. Das sind ungewöhnlich hohe Zahlen, und man begreift die große Verstimmung, die gegenwärtig in Frankreich wegen dieser gefährlichen Zustände in der Marine herrscht. Namentlich hat die letzte Katastrophe auf dem „Latouche-Tréville“ vor Toulon die Gemüter aufs höchste erregt. Hier explodierte das Bodenstück einer 194-Millimeter-Kanone; ob es sich dabei um einen Rohrkrepierer oder um die vorzeitige Entzündung der Kartusche gehandelt hat, ist noch nicht aufgeklärt. Die Wirkung war furchtbar. Die zehn Zentimeter dicke Stahlkuppel des Turmes wurde weggerissen und ins Meer geschleudert, die aus 13 Artilleristen bestehende Bedienungsmannschaft wurde sofort getötet. Die meisten wurden entseztlich verstümmelt oder verbrannt. Die französische Presse wird nicht müde, diese Katastrophe eingehend zu besprechen, die Gründe aufzudecken und die Schuldigen herauszubekommen. Bald soll der Zustand des Pulvers das Unglück verursacht haben, bald die Nachlässigkeit der Bedienung, bald das ganze in der Marine herrschende System und nicht zum mindesten natürlich der Marineminister selbst. C'est le système qui est en cause, le système, effroyable en matière militaire, de l'irresponsabilité et de l'indifférence générale. Viel Vertrauen scheint Frankreich zu seiner Marine nicht mehr zu haben; große kriegerische Vorbeeren hat sie ja auch noch nicht aufzuweisen. Was hätte uns im Kriege 1870/71 eine gut organisierte feindliche Flotte für Schaden zufügen können, und wie traurig waren die tatsächlichen Erfolge! Frankreich täte unter diesen Umständen besser, den Ehrgeiz, zur See eine entscheidende Rolle spielen zu wollen, im eignen Interesse möglichst bald aufzugeben.

